

Jörg Simon

J. Simon, I

Frau Dr. Sibyll Klotz,
Stadträtin für Gesundheit, Soziales, Stadtentwicklung
im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin

nachrichtlich:

u.a. an die Bürgerinitiativen Eylauer Str., Bautzener Str., Crellekiez, Bundespl., Breslauer Pl.

„Sündenfälle“ der Stadtentwicklung, taz-Artikel „Bürger wollen mitreden“ vom 03.08.2013:

<http://www.taz.de/1/archiv/digitaz/artikel/?ressort=bl&dig=2013%2F08%2F03%2Fa0219&cHash=07f7a59f6ea307a6b61d21e0b652a6cc>

Sehr geehrte Frau Dr. Klotz,

„Der Sündenfall ist doch, dass die Deutsche Bahn als Staatsunternehmen alles verkauft hat, anstatt erst mal den Städten die Flächen anzubieten. Die hätten dann selbst Wohnungsbau betreiben können. Nun sind es Investoren aus zweiter, dritter Hand.“

Dieser Schlusssatz von Ihnen aus dem vorgenannten Artikel verdeckt Ihre Mitverantwortung für die aktuelle Privatisierung ehemaliger Bahnflächen in Schöneberg. Schließlich können aus solchen Flächen häufig erst durch die bezirkliche Bauleitplanung **u.a.** auch Baugebiete gemacht werden. Damit haben Sie als Abteilungsleiterin für Stadtentwicklung im Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg das entscheidende Instrumentarium in der Hand, um der Bodenspekulation wirksam zu begegnen. Genau dazu sind Sie jedoch offenbar nicht bereit. Im Gegenteil, Ihr grundsätzlicher Fehler ist, dass Sie als Nachverdichtungsapologetin die Geschäfte der Immobilienwirtschaft betreiben.

Speziell hinsichtlich des Bauvorhabens Crellestr. 22a wird das in dem betreffenden Artikel erneut überdeutlich. Sie werden dort weiter wie folgt zitiert: *„Die Baumaßnahme ... finde ich heftig, aber das darf ich nicht entscheiden.“* Darüber befände die Verwaltung, heißt es weiter; - ganz so so als ob Sie als deren Leiterin dort nichts zu sagen hätten. Wozu bedarf es so gesehen noch politischer WahlbeamtenInnen? Ihre Aufgabe wäre es, einer Verwaltung, die einer derart unverschämten Grundstücksausnutzung, wie sie auf dem betreffenden Grundstück von einem Investor beantragt worden ist, ohne Not (!) ein Placet erteilt hat, schon prophylaktisch zu verdeutlichen, dass es stadtverträgliche Alternativgebote gibt, die nicht ungestraft ignoriert werden dürfen. Zu prüfen wäre deshalb, ob hier ein Fall für Ihre Aufsichtsbehörde vorliegt.

Eine verantwortliche Stadtentwicklungspolitik, wie sie auch das Baugesetzbuch verlangt, müsste sich im Übrigen, statt unkritisch der Nachverdichtungsideologie zu folgen, für gleichwertige Wohnverhältnisse in unserer Stadt engagieren.

Wie weit wir jedoch von solchen nur unter dem Aspekt einer ausreichenden Versorgung mit Grünflächen für die Naherholung noch entfernt sind, kann man z.B. bei einem Spaziergang durch Dahlem, einem Stadtteil in unmittelbarer Nachbarschaft zum Grunewald, erfahren. Hier gibt es kaum eine Villa ohne üppigen Hausgarten. Zum Teil sieht es dort sogar so aus, als ständen die Häuser mitten in einem Kiefernwald.

Sicher kann es nicht darum gehen, solche Verhältnisse in Schöneberg herzustellen. Nicht toleriert werden kann aber, dass hier unter Ihrer Federführung, in einem Stadtteil, dessen bebaute Grundstücke überwiegend durch eine 4- bzw. 5geschossige geschlossene Bauweise mit Seitenflügeln, Quergebäuden und völlig ungenügenden Freiflächen gekennzeichnet sind, die Wohn- und Lebensverhältnisse der dort lebenden Menschen durch Maßnahmen der Nachverdichtung wie Dachraumausbau, „Lückenschließungen“ und insbesondere der Überbauung letzter Freiflächen nicht nur nicht verbessert, sondern weiter verschlechtert werden.

Als Stadträtin von Bündnis '90/Grüne hätten Sie daher allen Anlass, ihre bisherige Stadtentwicklungspolitik also ihre zahlreichen eigenen Sündenfälle unverzüglich einer kritischen Überprüfung zu unterziehen.

Mit freundlichem Gruß

Simon
(ohne Unterschrift, da als E-Mail-Anhang übersandt)